

---

# Menschenrechte als Bedingung der Sozialkonstruktion. Ein sozialtranszendentaler Ansatz

Christoph Sebastian Widdau

---

## Zusammenfassung

Die Idee der Menschenrechte und die Idee des Sozialkonstruktivismus sind disparat: Menschenrechte als *sozialphilosophische Grundbedingung* kultureller Existenz sollen unabhängig von jeder speziellen sozialen Konstruktion gelten und nicht von geschichtlicher Kontingenz sowie von speziellen Macht-konstellationen abhängig sein. Der Sozialkonstruktivismus als eine *sozialphilosophische Theorie* geht konsequent davon aus, dass es nichts Soziales und somit Kulturelles gibt, was geschichtlich nicht kontingent ist. Der vorliegende Beitrag sucht die Idee der Menschenrechte zu verteidigen, indem der Sozialkonstruktivismus auf die Erkenntnis seiner notwendigen, akontingenten sozialphilosophischen Voraussetzung gebracht wird: ebenjener der Menschenrechte.

---

## 1 These und Antithese

Der vorliegende Beitrag verfolgt den Zweck, die nachstehende sozialphilosophische These [T<sub>1</sub>] zu begründen und zu verteidigen: Menschenrechte, d. h. die Grundrechte jedes menschlichen Individuums, sind nicht sozial konstruiert und

---

C.S. Widdau (✉)

Bereich für Philosophie, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg,  
Magdeburg, Deutschland

E-Mail: christoph.widdau@ovgu.de

somit kulturell kontingent, sondern sozial konstitutiv und somit kulturell notwendig.<sup>1</sup> Sofern sich diese These als stichhaltig erweisen sollte, wäre das Ergebnis überraschend. Universalistische Annahmen wie jene der Menschenrechte werden heute oft deswegen kritisiert, weil sie eine eigene Allgemeinheit postulieren, die angeblich in nichts anderem als kulturspezifischer Kontingenz gründe. Von kultureller Notwendigkeit der Menschenrechte könne keine Rede sein; wer diese Rede halte, suche letztlich anderen seine mehr oder minder von Zufälligkeiten abhängende Rechtsvorstellung aufzuoktroyieren.

[T<sub>1</sub>] ist eine Antithese der sozialkonstruktivistischen These [T<sub>2</sub>], die behauptet, dass Menschenrechte ganz und gar sozial konstruiert, also in ihrer Gegebenheit und Verfasstheit das Produkt gemeinschaftlich oder gesellschaftlich bedingter Aktivitäten sowie Leistungen sind, die genauso gut gegeben wie nicht gegeben sein können. Gemäß [T<sub>2</sub>] sind Menschenrechte, insofern sie gegenwärtig bloß in manchen Teilen der Welt gegeben sind, nichts als ein beliebiger Zusatz in manchen Kulturräumen, womit sie divers Denkbare, aber nichts Notwendiges wären, während auf sie in anderen Gegenden verzichtet wird und, so hat es den Anschein, andauernd verzichtet werden kann. Unabdingbar seien Menschenrechte demzufolge für Kultur *allgemein* und somit in Kulturräumen *speziell* nicht: Hier werden sie sozial konstruiert, dort nicht; hier kommt ihre kulturelle Relevanz ins Spiel, dort nicht; hier wird ihre Idee anerkannt, dort nicht. Von der gegenteiligen Überlegung wird in diesem Beitrag ausgegangen: Menschenrechte sind für Kultur *allgemein* und somit in *allen* Kulturräumen unabdingbar.

---

## 2 Naturrecht und Rechtspositivismus

[T<sub>1</sub>] und [T<sub>2</sub>] liegen in dem Problemkreis der philosophischen Begründung sowie Geltungsfundierung des Rechts. Die Frage, welche die Ziehung dieses Problemkreises motiviert, lautet: Woher stammt das, was man als Recht (und nicht als Gesetz) bezeichnen sollte und wie lässt sich das, was sich über den Ursprung sowie den Gehalt des Rechts sagen lässt, rechtfertigen? [T<sub>1</sub>] ist inmitten dieses Problemkreises grundsätzlich dem speziellen Gedankenkreis des sogenannten *Naturrechts*<sup>2</sup> zuzuordnen, [T<sub>2</sub>] grundsätzlich dem speziellen Gedankenkreis

---

<sup>1</sup>Dies ist eines der zentralen Ergebnisse in Widdau (2016).

<sup>2</sup>Siehe zum Naturrecht, seiner Geschichte wie Theorie und Philosophie, insbesondere Baltestrem (Hrsg.) (1993) sowie Spaemann (2012); siehe darüber hinaus exemplarisch und einführend die folgenden Publikationen: Künnecke (2003), Schröder (2012), Schwinger (2001) und Tuck (2002).

des sogenannten *Rechtspositivismus*<sup>3</sup>. Der Begriff des *Naturrechts* markiert die Annahme eines Systems von Sätzen, die solche Ansprüche und Anspruchsgrenzen aller Individuen einer Menge von Rechteinhabern formulieren, die unabhängig von geschichtlicher und somit, menscheitsgeschichtlich, sozialer Kontingenz gültig sind und jeden Fall von Gesetzgebung anleiten sollen. Der Begriff des *Rechtspositivismus* markiert die Annahme eines Systems von Sätzen, die solche Ansprüche und Anspruchsgrenzen von Individuen einer (geografisch spezifisch situierten sowie organisatorisch weniger umfänglichen) Menge von Rechteinhabern formulieren, die abhängig von geschichtlichen sowie sozialen Konstellationen bestehen und sich dadurch und durch nichts anderes rechtfertigen lassen, als im Prozess einer Gesetzgebung erdacht und durchgesetzt, schließlich *gesetzt* worden zu sein. [T<sub>1</sub>] und [T<sub>2</sub>], letztlich aufgefasst als zuzuordnende Ausdrücke von Naturrecht auf der einen Seite und Rechtspositivismus auf der anderen Seite, werden gebräuchlich als Behauptungen bzw. Systemvorstellungen aufgefasst, die sich *wesentlich* unterscheiden und beispielsweise deswegen nicht zu *harmonisieren* sind. Der Grund dafür liegt im Rechtspositivismus, weil er, konsequent bedacht, davon ausgeht, dass es keine Sätze des Rechts geben kann, die unabhängig von geschichtlichen sowie sozialen Konstellationen, letztlich von Machtkonstellationen, also konkretisierter Politik, bestehen. Dies bedeutet, dass sich Naturrecht und Rechtspositivismus, und somit grundsätzliche naturrechtliche Thesen und rechtspositivistische Thesen, gegenseitig ausschließen. Ergo: Wer [T<sub>1</sub>] behauptet, kann nicht zugleich [T<sub>2</sub>] behaupten und seine gleichzeitige Behauptung von [T<sub>1</sub>] und [T<sub>2</sub>] als konsistent auszeichnen. Dass die Auffassung von der gegenseitigen Exklusion, etwa eingedenk pragmatischer Hinsichten und der *Aufweichung* des Geltungsanspruchs, infrage gestellt werden kann, ist in der Literatur bekannt.<sup>4</sup> Abseits pragmatischer Hinsichten lässt sich fragen, ob die beiden Thesen durch die Berücksichtigung von Variationen, die sachlich zwingend scheinen, in ein *theoretisch-konstruktives* Verhältnis zueinander gebracht werden können; d. h. etwa, ob der naturrechtliche Gedanke und der rechtspositivistische, schließlich konstruktivistische Gedanke nicht in eine analytisch fruchtbare Beziehung zu setzen sind. Dies könnte bedeuten, beiden Gedanken in der Analyse sozialer Existenz ihren jeweiligen Platz anzuweisen, schließlich soziale Existenz zu analysieren, ohne dabei den einen Gedanken oder den anderen Gedanken

---

<sup>3</sup>Siehe exemplarisch und einführend zum Rechtspositivismus, seiner Geschichte wie Theorie und Philosophie, z. B. die folgenden Publikationen: Horster (2014), Sandkühler (2015) und Ott (1976).

<sup>4</sup>Siehe dazu beispielsweise Spaemann (2001, S. 106–108).

auszuschließen. Hier wird eine solche *Platzanweisung* vorgeschlagen, indem auf die wesentliche Unterscheidung der beiden Begriffe *Recht* und *Gesetz* hingewiesen wird, die – oftmals bis zur Verwirrung – im umgangssprachlichen Gebrauch vermengt oder praktisch identifiziert werden. Dieser Hinweis würde, so die Vermutung in dem vorliegenden Beitrag, nicht zu einer Variation von  $[T_1]$  führen, jedoch zu einer Variation von  $[T_2]$ . Jene These würde sinnvollerweise nicht auf Recht zu beziehen sein, sondern auf all das, was, eingedenk der Gegebenheit des Rechts, der Gegebenheit von Grundrechten, *gesetzt*, also *gemacht* und *bestimmt*, sein bzw. werden kann. Demzufolge lautet  $[T_2]$ : Gesetze, die ohne die Richtigkeit von  $[T_1]$  gar nicht sein könnten, sind ganz und gar sozial konstruiert, also in ihrer Gegebenheit und Verfasstheit das Produkt gemeinschaftlich oder gesellschaftlich bedingter Aktivitäten sowie Leistungen, die genauso gut gegeben wie nicht gegeben sein können.

---

### 3 Faktor Geschichtlichkeit

In unserer Argumentation gehen wir davon aus, dass Menschenrechte nicht sinnvoll erfasst werden können, wenn sie gemäß  $[T_2]$  als das Produkt gemeinschaftlich oder gesellschaftlich bedingter Aktivitäten sowie Leistungen aufgefasst werden, die – diese folgende Wendung ist antithetisch und analytisch entscheidend – *genauso gut gegeben wie nicht gegeben sein können*. Dies würde Menschenrechte unter die Bedingung bloßer Kontingenz platzieren, was ihr *Begriff* nicht hergibt. Dann könnten bzw. sollten wir vielmehr auf ihn verzichten. Sollte er, der Begriff der Menschenrechte, sinnvoll anzusetzen sein, wäre er *in gewissem Sinne* geschichtsunabhängig und das von ihm Beanspruchte wäre menschheitsgeschichtlich und somit kulturgeschichtlich unabdingbar in Geltung, eingedenk dessen, dass es stets geschehen kann sowie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in jedem Augenblick der Menschheitsgeschichte passiert, dass irgendwo die Menschenrechte eines menschlichen Individuums gebrochen werden, also Menschenrechte realgeschichtlich nicht stets ungebrochen sind.

Gleichzeitig wird in dem vorliegenden Beitrag davon ausgegangen, dass das Naturrecht, wie es hier angenommen wird und dem  $[T_1]$  im Grunde ihrer Bestimmung zuzuordnen ist, einer partiellen Revision in dem Sinne bedarf, dass eine Auszeichnung des Naturrechts ganz genau definiert werden muss, um nicht vollends antiintuitiv und somit unattraktiv zu erscheinen. Denn *Geschichtsunabhängigkeit* ist als definitorisches Element nicht leichthin zu vermitteln bzw. begrifflich verständlich zu erfassen. Wie kann etwas irgendwie Soziales etwas nicht von Menschen im Vollzug sozialer Aktivitäten Gemachtes sein? Die vollkommene

Ahistorizität von Recht wäre intuitiv, so dürfte es vielfach angenommen werden, unplausibel: die Annahme, dass Recht auch dann *ist*, wenn es keine rechtlich relevanten Situationen und Konstellationen geben würde.<sup>5</sup> Es scheint so zu sein, dass die Grundrechte des menschlichen Individuums *in gewissem Sinne* geschichtsabhängig *und* geschichtsunabhängig sein sollen, ohne in konstruktivistische Beliebigkeit zu verfallen, um begrifflich erfasst werden zu können. Diese Überlegung hängt zusammen mit den wesentlichen Bestimmungen, die in [T<sub>1</sub>] gegeben sind. Wenn [T<sub>1</sub>] verteidigt werden soll, dann muss geklärt, aufgeklärt und erklärt werden, was es bedeutet, *sozial konstitutiv* und *kulturell notwendig* zu sein, eingedenk der Berücksichtigung des Faktors *Geschichtlichkeit* mit der Spezifik der Abhängigkeit und jener der Unabhängigkeit.

Der hier gemachte Vorschlag zur Plausibilisierung der in [T<sub>1</sub>] gegebenen wesentlichen Bestimmungen besagt nun Folgendes: Wenn es eine *soziale Situation* gibt, also eine solche Konstellation, in der mindestens zwei Menschen interagieren, ohne sich gegenseitig willentlich existenziell zu zerstören und somit diese Situation *als* soziale Situation, abseits aller möglichen kontingenten Variationen, die sie nehmen und in denen sie sich wenden kann, komplett *aufzuheben* – dies ist auch stets als eine kommunikative und kulturbildende Situation zu verstehen –, dann werden in ihr unausgesprochene oder ausgesprochene *Grundrechtsansprüche* derjenigen, die an dieser Situation partizipieren und somit die personalen Glieder dieser Situation sind, erfüllt; also ihre Menschenrechte.

---

<sup>5</sup>Eine solche Bestimmung findet sich etwa bei Gottfried Wilhelm Leibniz. So zählt die Wissenschaft vom Recht gemäß Leibniz, um eine bekannte Wendung von ihm aufzugreifen, zu denjenigen Wissenschaften, die nicht von „Erfahrungen, sondern von Definitionen, nicht von Tatsachen, sondern von strengen logischen Beweisen abhängen – zu den Wissenschaften also, die sich nicht sowohl mit faktischen Fragen als vielmehr mit reinen Fragen der Geltung beschäftigen (quae sunt, ut ita dicam, juris, non facti). Denn da die Gerechtigkeit in einer gewissen Übereinstimmung und Proportionalität besteht, so läßt sich ein Begriff von dem, was gerecht ist, bilden, auch wenn es niemanden gibt, der diese Gerechtigkeit faktisch ausübt und niemanden, gegen den sie ausgeübt wird: ganz so, wie zwischen den Zahlen an sich gültige und wahre Verhältnisse bestehen, die auch dann wahr bleiben würden, wenn niemand tatsächlich zählen würde und wenn es keine konkreten zählbaren Objekte gäbe [...] So ist es denn nicht zu verwundern, daß die Bestimmungen dieser Wissenschaften zu den ewigen Wahrheiten gehören. Denn sie enthalten lediglich Bedingungssätze: Sie fragen nicht, ob dies oder jenes wirklich existiert, sondern sie untersuchen nur, was aus [...] dem gedanklichen Ansatz einer gewissen Existenz notwendig folgt.“ Zitiert nach Cassirer (2004, S. 203 f.) Der letztgenannte Gedanke, dass es *Bedingungssätze* sind, ist für den vorliegenden Beitrag von entscheidender Bedeutung. Siehe dazu und zu Leibnizens Naturrechtsdenken auch (Widdau 2016).

Bezogen auf das Problem der Bestimmung von *Geschichtlichkeit* in diesem Kontext bedeutet dies jenes: In den Vollzügen (also in der *Prozesshaftigkeit*) einer sozialen Situation, die immer eine kulturelle und somit auch eine geschichtliche ist, *zeigen* sich die Menschenrechte als eine notwendige Bedingung; keine spezifische soziale Situation muss sie erst *konstruieren*, damit sich die Menschenrechte in ihr oder in anderen sozialen Situationen zeigen oder in diese hineingelegt werden können. Wenn sie sich als eine notwendige Bedingung zeigen und erweisen, dann kann von ihnen sozialphilosophisch nicht abgesehen werden. Angenommen wird hier, dass sozialphilosophisch *transzendental* bedacht werden kann, was in jedweder sozialen Situation (mit all ihren tatsächlich kontingenten Konstruktionen) *logisch impliziert* ist und sein muss, damit überhaupt eine soziale Situation gegeben sein kann. Diese Implikation kann offenkundig nur dann wahrgenommen bzw. analytisch *beobachtet* werden, wenn es Sozialkonstruktionen wahrzunehmen bzw. analytisch zu beobachten gibt. Deswegen gilt hinsichtlich der Grundrechte nicht, was in  $[T_2]$  angenommen wird: nämlich dass Menschenrechte, dies sei wiederholt, das *Produkt gemeinschaftlich oder gesellschaftlich bedingter Aktivitäten sowie Leistungen sind, die genauso gut gegeben wie nicht gegeben sein können*. Sie gehören zu jenen notwendigen Bedingungen sozialer Situationen, die von diesen elementar nicht willkürlich abgezogen werden können – es sei denn, man sucht keine soziale Situation zu beschreiben oder, in concreto, die soziale Situation, aufzufassen als Ausdruck spezifisch menschlicher, kultureller Existenz, endlich Kultur selbst, zu zerstören. Insofern sind diese Grundrechte in gewissem (letztlich banalen) Sinn kontingent: Selbstverständlich können sie situativ gebrochen werden. Konsequenter bedacht würde ihr *absoluter* Bruch jedoch das Ende des Sozialen implizieren.

---

## 4 Der transzendente Ansatz

Ein Ausdruck in dem obigen Absatz ist sowohl erklärungsbedürftig als auch zentral für den Erklärungsansatz, der in dem vorliegenden Beitrag vorgeschlagen wird, um  $[T_1]$  zu begründen und zu verteidigen: Es ist der Ausdruck *transzendental*.<sup>6</sup> Jener bedeutet allgemein, nach den *Bedingungen der Möglichkeit* von etwas (in den nachfolgenden Zeilen sei es schlicht und exemplarisch der Platzhalter X)

---

<sup>6</sup>Zur philosophischen Vertiefung (gegenüber der in dem vorliegenden Beitrag gegebenen bereichsspezifischen wie analytischen Verkürzung) siehe etwa Stroud (1994), Bennett (1994) und Rosenberg (1994).

zu fragen.<sup>7</sup> Die *transzendente Frage* im Zusammenhang mit X lautet dementsprechend: Wenn es X gibt, wie kann es dann X überhaupt geben bzw. welche notwendigen Bedingungen müssen neben all jenen kontingenten gedacht werden und vorliegen, damit X sein und vorgestellt werden kann? Angenommen wird hier, dass [T<sub>1</sub>] auf eine solche *sozialtranszendental* zu erfassende Bedingung von Kultur, menschlichem Zusammenleben, sozialer Interaktion, die jeweils als solche ihrer eigenen *Begrifflichkeit* gerecht werden (und sich nicht selbst aufzuheben suchen), verweist. Denn eine Sozialkonstruktion, in Initiierung wie Bewahrung, und zwar jede, kann nicht ohne die gegenseitige Anerkennung und Achtung gewisser Rechte derjenigen gelingen, die sozial konstruieren. Es bedarf mindestens einer nicht konstruierten Rechtsannahme, einer *notwendigen Rechtsbedingung*, um beispielsweise – diese begriffliche Gegenüberstellung liegt nahe – Gesetze überhaupt konstruieren, bewahren und respektieren zu können: jene Bedingung der Menschenrechte, wie sie hier noch zu bestimmen sein werden. Um den transzendentalen Gedanken nochmals variiert zu fassen und so eventuell den Zugang zu ihm zu erleichtern: Es gibt *soziallogisch Normierendes*, das für jeden Fall einer sozialen Situation oder einer überdauernden sozialen Ordnung *so und nur so* gelten kann, eingedenk dessen, dass es weit mehr und etliches kontingent Normierendes geben kann und gibt, das nicht für jeden Fall einer sozialen Situation oder einer überdauernden sozialen Ordnung *so und nur so* gilt.

Wenn es stimmen würde, dass es derlei Normierendes transzendental zu bestimmen gibt und wenn es plausibel wäre, dieses Normierende als *Menschenrechte* zu bezeichnen, dann würde dies mithin implizieren, zur Diskussion der Grenzen der *sozialphilosophischen* Theorie und Position des Sozialkonstruktivismus einen Beitrag zu leisten. Darauf wird hier, nach dem Versuch der Bestimmung des Begriffs *Menschenrechte*, näher einzugehen sein. An diesem Punkt,

---

<sup>7</sup>Zum hier grundlegenden Verständnis von *Transzendentalismus* siehe eine Formulierung des Philosophen Ernst Cassirer, die dieser in der berühmten Davoser Disputation mit Martin Heidegger Ende der 1920er-Jahre nutzte. Die Formulierung ist beispielsweise zu finden in Heidegger (1991, S. 294). Ebendort sagt Cassirer: „Ich bleibe bei der Kantischen Fragestellung des Transzendentalen stehen, wie sie Cohen [gemeint ist der Marburger Neukantianer und Cassirer-Lehrer Hermann Cohen, CW] immer wieder formuliert hat. Er sah das Wesentliche der transzendentalen Methode darin, daß diese Methode anfängt mit einem Faktum; nur hatte er diese allgemeine Definition: Anfangen mit einem Faktum, um nach der Möglichkeit dieses Faktums zu fragen, wieder verengt, indem er als das eigentlich Fragwürdige immer wieder die mathematische Naturwissenschaft hinstellte. In dieser Einschränkung steht Kant nicht.“ In dieser Einschränkung steht auch, offenbar, der vorliegende Beitrag nicht.

somit zwischenzeitlich, sei gesagt: Sozialwissenschaftlich und sozialtheoretisch, letztlich auch konkret *politisch*, ist der Sozialkonstruktivismus, insofern er *emanzipatorisch* und *kritisch* angelegt ist, unabdingbar. Doch sozialphilosophisch ist der Sozialkonstruktivismus genau dann problematisch, wenn er von der Machbarkeit *alles* Sozialen ausgeht: von der Machbarkeit *aller* kulturellen Einzelbestimmungen wie *aller* Bedingungen sozial-kultureller Existenz, die über *natürliche* Bedingungen (wie Körper, Kosmos usw.) hinausreichen.

---

## 5 Menschenrechte und Kultur

[T<sub>1</sub>] ist wenn überhaupt, dann bislang eher andeutungsweise plausibilisiert und verteidigt. Manche Leser werden sich daran stoßen, dass ein zentraler Begriff häufig genannt, aber noch nicht definiert worden ist. Dieser Stoß ist nachvollziehbar: Das Verständnis des alles andere als simplen, klaren oder eindeutigen Begriffs *Menschenrechte* ist bis hierhin nicht geklärt. Es ist gegenwärtig sowohl akademisch als auch politisch umstritten, auf was *genau* dieser Begriff verweist, aus welcher allseits anzuerkennenden Quelle Menschenrechte stammen sollten und wie sie, angesichts der Pluralität von Rechtsvorstellungen und Entwürfen sozialer Ordnung, als Vorstellung von einer universell gültigen und allgemeinen Rechtsnorm zu rechtfertigen sind.<sup>8</sup> Dabei scheint sich der in den vergangenen Jahrzehnten erweiternde und vertiefende Menschenrechtsdiskurs unter der Annahme, dass es tatsächlich etwas gibt, das als Menschenrechte zu bezeichnen ist, zwischen zwei extremen inhaltlichen Tendenzbestimmungen zu bewegen: Das eine Extrem ist jenes, das Menschenrechtsverständnis zu beschränken auf ein *bloßes Existenzrecht*, also als Ausdruck dafür, dass Menschen ein Anrecht auf Leben besitzen, das ihnen nicht willentlich und mutwillig von anderen Menschen zu nehmen ist; das andere Extrem ist jenes, das Menschenrechtsverständnis zu erweitern von einem bloßen Existenzrecht auf jenes, das ein *Recht auf eine gute Existenz* bedeutet, also ein Anrecht auf ein gutes Leben – wobei offenkundig höchst umstritten sein dürfte, *ab wann*, d. h. ab der Erfüllung welchen Kriteriums, ein Leben als ein gutes Leben auszuzeichnen ist. Genannt wird hierbei etwa das Anrecht auf Teilhabe am sogenannten *kulturellen Leben*, womit etwa ein Grundanspruch auf *Bildung* gemeint ist (Weiß 2012).

---

<sup>8</sup>Grundlagen- sowie Vertiefungsbeiträge zu diesen Fragen und Problemen bieten Pollmann und Lohmann (Hrsg.) (2012) sowie Gosepath und Lohmann (Hrsg.) (1998).



Methodisch sei fortan eine Beschränkung eingeführt bzw. auf eine notwendige Ableitung hingewiesen: Wer sich zwischen den Extremen bewegt und dem zweiten Extrem zugeneigt ist, kommt unter keinen sinnhaft anzunehmenden Umständen ohne das erste Extrem aus. Dies deutet an, dass jedes Menschenrechtsverständnis mindestens auf die Annahme des *bloßen Existenzrechts* setzen muss, gleichgültig, welche qualitativ anspruchsvolleren Ergänzungen, wie etwa ein Grundanspruch auf Bildung, ins Auge gefasst werden könnten. Wer Menschenrechte zu behaupten wünscht, kann nicht auskommen ohne die Rechtsidee, dass die betreffenden Rechtssubjekte ein Anrecht darauf haben, zu existieren, und zwar, existenziell-prozessual fortgedacht, um ihre menschliche Existenz ausentwickeln zu können – wie genau dies dann auch immer kulturell geschehen wird. Sonst würden Menschenrechte *per se* keinen Sinn ergeben.

Doch selbst dies, die Limitierung auf ein tatsächliches *Grundverständnis* des Menschenrechtsbegriffs, ist zu problematisieren: Als eine universalistische Annahme gehört diese zu den verdächtigen Annahmen, insofern hinter universalistischen Ansätzen im Bereich der Sozialphilosophie vielfach (und mit guten geschichtlichen Gründen) ein kulturell-hegemoniales oder kulturimperiales Ansinnen vermutet wird (Forst 1999; Habermas 1999). Tatsächlich ist es in kritischer Perspektive sinnvoll und *prima facie* unabdingbar, universalistische Annahmen nicht ungefragt hinzunehmen; sie allerdings zu disqualifizieren, *bloß* weil sie universalistische Annahmen sind, ist nicht kritisch, sondern borniert und philosophisch selbst alles, jedoch nicht neutral. Hier wird behauptet, dass [T<sub>1</sub>] eine These ist, die tatsächlich universell gilt und keinerlei kulturell-hegemoniales oder kulturimperiales Ansinnen hat, insofern sie keine besonderen kulturspezifischen Qualifikationen impliziert.

Konkret nimmt [T<sub>1</sub>] den Begriff des *Rechts* ernst. Im Prinzip postulieren solche Kritiker der Menschenrechte, die als sozialkonstruktivistisch argumentierend ausgezeichnet werden können, dass diese keine Rechte, sondern vielmehr Gesetze sind. Sie seien von Menschen in diesem und jenem Kontext *gesetzt* worden und würden folgend den Anspruch erheben, universal gültig zu sein, also allgemein als *Recht* gelten zu dürfen. So oft der folgende Gedanke kritisiert worden sein mag, so hartnäckig hält er sich und ist nicht unachtsam vom Verhandlungstisch des Diskurses zu wischen: *Recht ist, Gesetze werden gesetzt und gemacht*. Selbstverständlich kann man anders über den existenziellen Status von Recht und Gesetzen sprechen, aber die Grundvorstellung von Gegebenheit auf der einen und Gemachtheit auf der anderen Seite leitet unsere philosophischen Überlegungen über Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit konsequent an. Das, was Recht ist, wird nicht. Gerechtigkeit ist eine überzeitliche Vorstellung: Es gibt keine Gerechtigkeit des Jahres 1968. Wir können dies zwar formulieren

(Es gibt eine Gerechtigkeit des Jahres 1968), aber wir stoßen uns unumgänglich daran, weil wir bei der Frage, was *wirklich* rechtmäßig, also gerecht ist, einen anderen Bestimmtheitsgrad voraussetzen. Gesetze stellen wir uns problemlos als disponibel vor. Gesetze können Recht entsprechen, nicht umgekehrt. Begrifflich ist Recht *aprozessual* vorbestimmt, während das Gesetz bereits in seinem Namen seine Prozesshaftigkeit birgt und verbürgt. Wir sagen nicht: „P“ kann Recht werden, während wir sagen können, dass „P“ Gesetz werden kann. Dies ist zunächst, wie leichthin kritisch einzuwenden ist, scheinbar nichts als eine sprachliche, eine begriffliche, eine terminologische Auffälligkeit. Doch hierin liegt bereits eine Vorstellung vom Recht als etwas Ungemachtem zugrunde, eine Spur, deren Sinnhaftigkeit ohne Überprüfung mindestens nicht weniger auf der Hand liegt als ihre Sinnlosigkeit. Die bisherigen Überlegungen im vorliegenden Beitrag sollten die Sinnhaftigkeit in die Diskussion bringen: Insofern Recht demnach *Ungemachtes* ist, müsste es etwas *Grundlegendes* sein. Wenn es Grundlegendes ist, dann mutet es ihm sogleich an, etwas Abstraktes, eher Prinzipielles, *mit Leben Erfüllbares* denn selbst *Lebendiges* zu sein. Ebendies wird hier unter *Recht*, in unserem Fall und speziell *Menschenrechte*, verstanden: Sie sind Prinzipien der sich auf ihnen aufbauenden, türmenden, reversiblen wie bisweilen auch willkürlichen Gesetzgebung, und nicht selbst Gesetzgebung. Sie sind Prinzipien, die aller Kultur, zu der Gesetzgebung gehören kann, notwendig vorangehen.

Letztlich ist Kultur in ihrer Konkretion kontingent, aber für ihre generelle Existenz bedarf es bestimmter Bedingungen. Der Gedankengang hierzu ist recht simpel. *Erstens*: Wenn es etwas wie Kultur geben, sie entstehen und lebendig bleiben soll, dann müssen mindestens zwei Menschen aufeinandertreffen, denn allein durch das Aufeinandertreffen von Menschen kann Kultur initiativ überhaupt erst entstehen. Kultur ist stets eine soziale Angelegenheit insofern, als sie als in ihrer Initiation und ihrem Fortlauf nicht als Unternehmung eines vollendeten Solitärs vorgestellt werden kann. *Zweitens*: Kultur ist dann stets eine soziale Angelegenheit und diese zeichnet sich wesentlich dadurch aus, dass sie, in aller Regel, nicht vollkommen prädeterminiert werden kann, von Kontingenz des gegenseitigen aufeinander Eingehens oder eben nicht Eingehens nur so strotzt. *Drittens* liegt das Soziale (als Element) also in der Kultur, die von den Zufälligkeiten und sich entwickelnden Regelmäßigkeiten lebt, als eine Bedingung geborgen. *Viertens*: Das Soziale ist bei aller Kontingenz daran gebunden, dass die sich in der sozialen Angelegenheit Begegnenden tatsächlich begegnen und Kultur ausentwickeln können; dies ist ultimativ nicht möglich, wenn die Begegnung exklusiv im Zerstören des einen oder des anderen liegen würde. Um Kultur auszuentwickeln, müssen sich die eine Kultur *Ausentwickelnden* gegenseitig *leben lassen*. *Fünftens*: Insofern sie das zuvor Genannte tun, liegt, in der Regel

unausgesprochen, die gegenseitige Anerkennung des jeweiligen Anspruchs vor, sich existenziell nicht willentlich und mutwillig zu gefährden. Menschenrechtsablehnung, in diesem Verständnis, wäre selbstverständlich möglich, aber konsequent nichts anderes als eine *kulturelle Selbstaufgabe*. Wesentlich kann Kultur nicht verstanden werden, wenn sie nicht als auf der gegenseitigen Anerkennung des genannten Anspruchs beruhen würde. Dies ist eine notwendige Bedingung von Kultur, also Soziabilität; dass man sich leichthin gegen sie wenden kann, beweist die Menschheitsgeschichte offenkundig. Die Vollkommenheit der Abwendung würde allerdings das *Ableben* von Kultur bedeuten. Es hat seinen Sinn, wenn eklatante Menschenrechtsverletzungen als *kulturlos* oder, wenngleich in historisch-kritischer Perspektive durchaus problematisch, als *barbarisch* bezeichnet werden. Hierin liegt intuitiv ein fundamentales Verständnis dessen, was Menschenrechte eigentlich sind, zugrunde: eine *nicht* zu konstruierende, sondern notwendige Bedingung aller Kultur.

---

## 6 Sozialkonstruktivismus als Philosophie

Mit der Behauptung von  $[T_1]$  ist die Kritik an der sozialkonstruktivistischen Behauptung der Kontingenz *aller* sozialen Bezüglicheitselemente verknüpft. Der Sozialkonstruktivismus, dessen Aufstieg in den Sozialwissenschaften konventionell mit einem zum Standardwerk avancierten Buch von Berger und Luckmann mit dem Titel *The Social Construction of Reality* (Berger und Luckmann 1967) assoziiert wird, ist eine Spielart des Konstruktivismus: Jener ist eine vielschichtige, vielgestaltige und letztlich aufklärerisch sowie emanzipatorisch ausgerichtete Theorietendenz diverser wissenschaftlicher Disziplinen, die konsequent davon ausgeht, dass, um es kurz zu sagen, der Beobachter *nie* aus der Beschreibung des Beobachteten auszuklammern ist und es deswegen nicht auch nur eine Explikation von irgendetwas gibt, die nicht *beobachterrelativ* und somit auch hinsichtlich ihrer *Geltung* relativ ist und Kontingentes, somit jeweils relativistisch Kritisierbares, birgt.<sup>9</sup> In dem vorliegenden Beitrag wird letztlich – gewiss

---

<sup>9</sup>Siehe dazu den Beitrag von Martinsen (2014). Darin wird eingegangen auf diverse Konstruktivismusspielarten, etwa den *Erlanger Konstruktivismus* (Lorenzen), den *Sozialkonstruktivismus* (Berger und Luckmann), den *radikalen Konstruktivismus* (Maturana), den *operativen Konstruktivismus* (Luhmann) sowie den *praxisorientierten Konstruktivismus* (Knorr-Cetina und Foucault). Martinsen (2014, S. 4) schreibt grundlegend: „Dreh- und Angelpunkt konstruktivistischen Denkens ist das Credo, dass Aussagen über Realität stets aus der Perspektive eines Beobachters getroffen werden. Damit wird die tradierte Vorstellung

nicht für alles, aber für manches bzw. überhaupt etwas – Gegenteiliges für den Bereich der Plausibilisierung des Menschenrechtsgedankens, hier gefasst in  $[T_1]$ , behauptet: Es gibt keinen Beobachterstandpunkt, auf den sich nur irgendjemand stellen könnte, von dem aus die Annahme der hier angedeuteten Menschenrechte als Rechtsprinzipien nicht anzuerkennen wäre, sofern der Beobachter oder die Beobachterin eine *soziale Situation* zu analysieren und analytisch, d. h. in ihren Elementen und notwendigen Bedingungen, zu beschreiben trachtet.

Insbesondere relevant ist hier als Gegenposition von  $[T_1]$  die sozialkonstruktivistische Spielart der konstruktivistischen Tendenz, die für die Analyse und Explikation sozialer, somit kultureller Ereignisse und Strukturen im Gebrauch ist. So vielschichtig wiederum auch diese einzelne Spielart selbst sein mag, so ist es möglich, sie definitorisch auf einen Kern zu bringen, sie demnach in ihrer Grundaussage analytisch klar und kompakt zu fassen. Der Philosoph Ian Hacking hat dies, in pointierter Diktion, wie folgt getan:

Social construction work is critical of the status quo. Social constructionists about *X* tend to hold that: (1) *X* need not have existed, or need not to be at all as it is. *X*, or *X* as it is at present, is not determined by the nature of things; it is not inevitable [...] *X* was brought into existence or shaped by social events, forces, history, all of which could well have been different (Hacking 2000, S. 6 f.).

Sind Menschenrechte eine mögliche Ersetzung des Platzhalters *X*? Genau davon, diese Frage zu bejahen, gehen Sozialkonstruktivisten aus.

Sozialkonstruktivisten – wie auch alle anderen Konstruktivisten – werden zugeben, dass es einer Basis bzw. einer Anzahl an Basiselementen bedarf, um sozial zu konstruieren, die wiederum selbst nicht sozial konstruiert ist: Etwa die Gegebenheit von etwas, das gewöhnlich als *Welt* bezeichnet wird, das Gegebensein von etwas, das gewöhnlich als *Gehirn* und etwas, das gewöhnlich als *Körper* bezeichnet wird. Derlei – es ließen sich offenkundig noch andere Elemente angeben – muss überhaupt gegeben sein, damit die (vielfach emanzipatorischen) Überlegungen der Sozialkonstruktivisten als sinnvoll erachtet werden können. Worauf es ihnen in ihren Beschreibungen und Analysen, in ihren Beobachtungen wie in

---

zurückgewiesen, dass Erkenntnisakte die externe Realität widerspiegeln und es einen fokalen Punkt gibt, von dem aus die Welt gedanklich erfasst werden kann. Erkenntnisprozesse bilden vielmehr die Realität nicht einfach ab, sondern sind aktiv an ihrer Hervorbringung beteiligt.“

der *Auslese* ihrer Beobachtungen, insbesondere ankommen muss, ist jedoch, die *soziale Welt* als von Konventionen und Kontingenz gezeichnet zu verstehen. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit haben Sozialkonstruktivisten in der Regel der Fälle recht, wenn sie kulturelle *Ableitungen* von der Basis bzw. den Basisbedingungen sozialer Existenz in Augenschein nehmen: Gesetzgebungsverfahren sind kontingent, Gute-Nacht-Geschichten sind kontingent, die Entwicklung sprachlicher Systeme ist kontingent usw., d. h. jene müssten nunmehr nicht genau auf dem Stand sein, auf dem sie sind – vielleicht müssten sie überhaupt nicht sein; jene werden nicht unbedingt auf dem Stand sein müssen, auf dem sie sein werden. Es hat seine guten Gründe, anzunehmen, dass die Kultur des sozialen Lebens so oder anders sein könnte, so oder anders beschrieben werden könnte, je nach der Perspektive derjenigen, die es zu beschreiben suchen. Doch um all diese Kontingenz überhaupt erfahren und erleben zu können, bedarf es nicht nur unbedingt einer Welt, der Gehirne und Körper, sondern auch solcher Bedingungen, die wir als soziale Bedingungen verstehen, und die nicht *nicht* sein können. Dies sind sozial notwendige Bedingungen: Sie können nicht abgezogen werden, wenn wir von Sozialem sprechen möchten. Sie sind sozial konstitutiv und somit kulturell notwendig, siehe [T<sub>1</sub>]. Das Notwendige zum bloß Möglichen zu erklären, wäre ein fataler Irrtum, theoretisch wie praktisch. Insofern taugt der Sozialkonstruktivismus gemäß den Überlegungen des vorliegenden Beitrags nicht als eine umfassende sozialphilosophische Theorie.

---

## 7 Platzanweisungen

Schließlich sollen die eingangs gegebenen Formulierungen der beiden Thesen, die im Zentrum des vorliegenden Beitrags standen, sowie die mit ihnen verknüpften Bestimmungen des Naturrechts sowie des Rechtspositivismus geprüft und eingedenk des Untersuchungsfortgangs variiert werden, sofern dies als zwingend zu erachten ist:

[T<sub>1</sub>] ist nicht zu variieren, die These bleibt bestehen: Menschenrechte, d. h. die Grundrechte jedes menschlichen Individuums, sind nicht sozial konstruiert und somit kulturell kontingent, sondern sozial konstitutiv und also kulturell notwendig. Als dem Naturrecht angehörig ist dessen Bestimmung angesichts des Faktors *Geschichtlichkeit* zu variieren. Naturrecht ist demzufolge ein System von Sätzen, die solche Ansprüche und Anspruchsgrenzen aller Individuen einer Menge von Rechteinhabern formulieren, die unabhängig von geschichtlicher und somit, menscheitsgeschichtlich, sozialer Kontingenz gültig sind und jeden Fall von Gesetzgebung anleiten sollen, allerdings sich erst in den *Vollzügen* des *kulturellen*

*Agierens* in der *Geschichte* zu zeigen vermögen, also in Menschheitsgeschichte *überhaupt* impliziert sind.

Die eingangs formulierte sozialkonstruktivistische These [T<sub>2</sub>] ist angesichts der behaupteten Plausibilität von [T<sub>1</sub>] ihres Objekts zu entledigen und mit einem anderen Objekt als jenem der Menschenrechte auszustatten. Variiert könnte [T<sub>2</sub>], die nur auf der Grundlage der Akzeptanz von [T<sub>1</sub>] als sinnvoll zu erachten ist, dann etwa besagen: *Gesetze* sind ganz und gar sozial konstruiert, also in ihrer Gegebenheit und Verfasstheit das Produkt gemeinschaftlich oder gesellschaftlich bedingter Aktivitäten sowie Leistungen, die genauso gut gegeben wie nicht gegeben sein können. Die mit [T<sub>2</sub>] in Verbindung stehende Bestimmung des Rechtspositivismus ist entsprechend zu variieren, insofern sie nicht mit der Bestimmung des Naturrechts verbunden werden kann. Sie ist auf den Bereich der Gesetze im Angesicht von Rechtsprinzipien zu reduzieren, nicht auf Recht selbst zu erweitern. Diese Bestimmungen setzen [T<sub>1</sub>] und [T<sub>2</sub>] in ein *theoretisch-konstruktives* Verhältnis und verhindern dieses nicht. Sollten die Ergebnisse dieses Beitrags in richtige Richtungen weisen, würde die Rede vom Universalismus der Menschenrechte an Überzeugungskraft gewinnen.

---

## Literatur

- Ballestrem, Karl Graf (Hrsg.), 1993: Naturrecht und Politik, Berlin: Duncker & Humblot.
- Bennett, Jonathan, 1994: Analytische transzendente Argumente, in: Peter Bieri (Hrsg.), *Analytische Philosophie der Erkenntnis*, 3. Aufl., Weinheim: Beltz athenäum, 367–390.
- Berger, Peter / Luckmann, Thomas, 1967: *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*, Garden City: Doubleday.
- Cassirer, Ernst, 2004: Vom Wesen und Werden des Naturrechts, in: Ernst Cassirer, *Aufsätze und kleine Schriften (1932–1935)*. Text und Anmerkungen bearbeitet von Ralf Becker, Hamburg: Meiner, 203–227.
- Forst, Rainer, 1999: Das grundlegende Recht auf Rechtfertigung. Zu einer konstruktivistischen Konzeption von Menschenrechten, in: Hauke Brunkhorst, Wolfgang R. Köhler und Matthias Lutz-Bachmann (Hrsg.), *Recht auf Menschenrechte. Menschenrechte, Demokratie und internationale Politik*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 66–105.
- Gosepath, Stefan / Lohmann, Georg (Hrsg.), 1998: *Philosophie der Menschenrechte*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen, 1999: Zur Legitimation durch Menschenrechte, in: Hauke Brunkhorst und Peter Niesen (Hrsg.), *Das Recht der Republik*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 386–403.
- Hacking, Ian, 2000: *The Social Construction of What?* 5. Aufl., Cambridge/London: Harvard University Press.
- Heidegger, Martin, 1991: *Kant und das Problem der Metaphysik*. 5., vermehrte Aufl., Frankfurt a. M.: Klostermann.

- Horster, Detlef, 2014: Rechtsphilosophie, Stuttgart: Reclam.
- Künnecke, Arndt, 2003: Auf der Suche nach dem Kern des Naturrechts. Ein Vergleich der schwachen säkularen Naturrechtslehren Radbruchs, Coings, Harts, Welzels und Fullers ab 1945, Hamburg: Kovac.
- Martinsen, Renate, 2014: Auf den Spuren des Konstruktivismus – Varianten konstruktivistischen Forschens und Implikationen für die Politikwissenschaft, in: Renate Martinsen (Hrsg.), Spurensuche: Konstruktivistische Theorien der Politik, Wiesbaden: Springer VS, 3–41.
- Ott, Walter, 1976: Der Rechtspositivismus. Kritische Würdigung auf der Grundlage eines juristischen Pragmatismus, Berlin: Duncker & Humblot.
- Pollmann, Arnd / Lohmann, Georg (Hrsg.), 2012: Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Rosenberg, Jay F., 1994: Transzendente Argumente und pragmatische Erkenntnistheorie, in: Peter Bieri (Hrsg.), Analytische Philosophie der Erkenntnis, 3. Aufl., Weinheim: Beltz athenäum, 436–454.
- Sandkühler, Hans Jörg, 2015: Nach dem Unrecht. Plädoyer für einen neuen Rechtspositivismus, Freiburg/München: Alber.
- Schröder, Wolfgang M., 2012: Natur- und Vernunftrecht, in: Arnd Pollmann und Georg Lohmann (Hrsg.), Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar: Metzler, 179–186.
- Schwinger, Elke, 2001: Angewandte Ethik. Naturrecht, Menschenrechte, München u. a.: Oldenbourg.
- Spaemann, Robert, 2012: Die Aktualität des Naturrechts, in: Robert Spaemann, Philosophische Essays. Erweiterte Ausgabe, Stuttgart: Reclam, 60–80.
- Spaemann, Robert, 2001: Über den Begriff der Menschenwürde, in: Robert Spaemann, Grenzen. Zur ethischen Dimension des Handelns, Stuttgart: Klett-Cotta, 106–122.
- Stroud, Barry, 1994: Transzendente Argumente, in: Peter Bieri (Hrsg.), Analytische Philosophie der Erkenntnis, 3. Aufl., Weinheim: Beltz athenäum, 350–367.
- Tuck, Richard, 2002: Natural Rights Theories: Their Origin and Development, Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Weiß, Norman, 2012: Kulturelle Rechte / Teilhabe am kulturellen Leben, in: Arnd Pollmann und Georg Lohmann (Hrsg.), Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar: Metzler, 292–293.
- Widdau, Christoph Sebastian, 2016: Cassirers Leibniz und die Begründung der Menschenrechte, Wiesbaden: Springer VS.

Unschärferelationen

Konstruktionen der Differenz von Politik und Recht

Knobloch, J.; Schlee, T. (Hrsg.)

2018, IX, 246 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19661-5